Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 6

Artikel: Emanzipierende Wissenschaft
Autor: Preuss-Lausitz, Ulf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338116

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 6
Juni 1969

Profil

Ulf Preuss-Lausitz

Emanzipierende Wissenschaft

> «Wofür arbeitet Ihr? Ich halte dafür, dass das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsal bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein.» B. Brecht, Leben des Galilei

I. *Funktionen der Wissenschaft*

Frage und Antwort Bertolt Brechts führen uns mitten in unser Thema, das mit gedanklichen Sprengsätzen versehen ist. Ich hoffe zeigen zu können, dass ein gewandeltes Verständnis von den Funktionen der Universitätsausbildung und der Wissenschaft der Hintergrund der Studentenrevolten ist. Es geht im folgenden darum, dieses Verständnis von Wissenschaft und Gesellschaft darzulegen und daraus notwendige Folgerungen für Veränderung abzuleiten. Ich orientiere mich dabei an Vorstellungen, wie sie in erster Linie vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und einer Reihe linker Studentenverbände entwickelt worden sind.

Hochschulen haben in industriellen Gesellschaften zwei Funktionen, die für die Aufrechterhaltung und Steigerung des industriellen Standards dieser Gesellschaften unabdingbar sind: Sie «müssen technisch verwertbares Wissen vermitteln, das heisst den Bedarf einer Industriegesellschaft an qualifiziertem Nachwuchs decken und zugleich für eine erweiterte Reproduktion der Ausbildung selbst sorgen. Hochschulen müssen ferner technisch verwertbares Wissen nicht nur vermitteln, sondern auch erzeugen[1].» Dadurch wird Wissenschaft zur «zentralen Vermittlungskategorie einer verwissenschaftlichten Gesellschaft»[2]. Industrieforschung und die Universität

als wichtigster Träger der Wissenschaft nehmen den Rang einer lebenswichtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Institution ein. Wissenschaft ist, erkannte schon Karl Marx, «erste Produktivkraft» geworden.

Mit dieser Bestimmung begnügen sich zumindest in der Bundesrepublik Deutschland die Träger der Politik, der Wirtschaft und der Technokratie. Sie haben erkannt, dass das wissenschaftliche Potential in positiver Korrelation zum Bruttosozialprodukt steht, und betrachten wissenschaftliche Ausbildung wie Forschung ausschliesslich unter ökonomischen Effizienzkriterien. Selbst der deutsche Wissenschaftsrat (WSR), der personell stark mit der Industrie verbunden ist, hat sich seit seinen Empfehlungen von 1966 von ökonomischen Effizienzkriterien leiten lassen, ohne andere Aufgaben der Universität in seinen praktischen Reformvorschlägen wirksam werden zu lassen. Der WSR fördert also – um mit Karl Mannheim zu sprechen – eine funktionelle Rationalisierung, aber nicht eine substantielle, also die Stärkung der Vernunft, des eigenständigen Denkens und der Ich-Stärke. Von Kritikern wird daher nicht zu Unrecht die Gefahr der «angepassten Universität» und der «Akademikerfabrik» beschworen.

Ohne dass man die ökonomische Funktion von Forschung und Ausbildung leugnet, müssen aber andere Aufgaben der Universität hervorgehoben werden, die dieser übergeordnet sind. Wissenschaft muss als ein Medium und Instrument gesellschaftlicher Weiterentwicklung und Erneuerung betrachtet werden. Das bedeutet konkret, die ökonomischen und sozialen Bedingungen der Richtung gesellschaftlicher Entwicklung zu analysieren und Modelle für deren quantitative und qualitative Änderung zum Inhalt wissenschaftlicher Arbeit zu machen. Dem entspricht eine Gesellschaft, die sich als permanent kritik-, wandlungs- und erneuerungsbedürftig betrachtet und weiss, dass technischer wie sozialer Stillstand Rückschritt bedeutet und nur Kritik am Bestehenden und konkrete Zukunftsentwürfe die Chance des Fortschritts in sich bergen. Inhaltlich wird dies eine Gesellschaft sein, die Herrschaft von Menschen über Menschen – auf Grund ökonomischer und politischer Machtpositionen – in immer stärkerem Mass abbauen muss, das heisst die strukturellen Ursachen erkennen und verändern muss. Es ist klar, dass Kritik am Bestehenden sich an einem theoretischen Konzept orientieren muss. Ich werde später versuchen nachzuweisen, dass dieses Konzept nicht von aussen an die Wissenschaft herangetragen, sondern vom Charakter wissenschaftlicher Arbeit gefordert wird.

Wir können dieses Konzept verkürzt als das der individuellen und Gruppen-Emanzipation bezeichnen. Wie genügend empirische Untersuchungen nachweisen, sind es in Deutschland (genauer: der Bundesrepublik Deutschland) vor allem drei Gruppen, deren kollektive Emanzipation noch Fernziel ist: Arbeiter, Landbevölkerung, Frauen. Wir kennen die auf Statik und Bewahrung angelegten gefrorenen Traditionsmuster ländlicher Erziehung; die auf Unterwerfung und Passivität festgelegte Frauenrolle einer halbierten Menschlichkeit, die auf Grund der ökonomischen und sozialen Bedin-

gungen motivationsarme und fatalistische Gedankenwelt der Arbeiter, die sich in autoritären Erziehungspraktiken niederschlägt und eine rigide, ausdrucksarme Sprachstruktur erzeugt – alle diese Tatsachen wirken sich nicht zuletzt in der Unterprivilegierung der angesprochenen Gruppen innerhalb weiterführender Bildungsinstitutionen aus. Zutiefst in den eigenen verharschten Normvorstellungen verwurzelt, ist weder das Schul- noch das Hochschulwesen bisher fähig gewesen, diesen Gruppen bei der kollektiven Emanzipation zu helfen. Im Gegenteil, Landkindern wird heute noch weitgehend das hohe Lied vom Glück auf der Scholle gesungen, Arbeiterkindern die Ideologie der volkstümlichen Bildung, das heisst der theorielosen Praxis vermittelt, die die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Trennung von Herr und Knecht, von herrschender und beherrschter Schicht sublim verherrlicht, und für Frauen wirkt die Rollenzumutung von Küche, Kindern und Unterwerfung unter die Herrschaft des Mannes weiterhin ungebrochen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Aber auch die *individuelle Emanzipation* ist eine bis heute noch nicht bewusst übernommene Aufgabe der Universität. Nicht Bildung *neben* wissenschaftlicher Fachausbildung ist das Ziel, wie es an manchen Hochschulen verstanden wird: im Osten ein mit Praxis und Fach unverbundenes marxistisches Studium; im Westen ein mit Praxis und Fach unverbundenes Studium Generale oder – wie bis vor kurzem an der TU Berlin – ein humanistisches Pflichtstudium für Naturwissenschaftler. Desgleichen ist eine ausschliesslich berufsbezogene Ausbildung abzulehnen, wie sie von den Trägern der industriellen Leistungsgesellschaft gefordert und gefördert wird. Die schizophrene Trennung zwischen fachlicher und persönlicher Bildung zu überwinden, ist mit dem in das Fachstudium integrierten Modell einer Universitätsausbildung als Emanzipation möglich.

Elemente dieser Emanzipation sind:

1. Ausreichende *Informationen* über Stoffe und Probleme, die in der aktuellen wie künftigen Daseinsbewältigung und Daseinsorientierung rationale Entscheidungen ermöglichen. Dazu gehören in den Schulen nicht nur Sexualkunde und während des Studiums nicht nur ausreichende Diskussionen über relevante Berufsmöglichkeiten, die Funktion von Berufen innerhalb der Gesellschaft und die Auswirkungen wissenschaftlicher Zielsetzungen auf ökonomische, soziale und politische Verhältnisse.

2. *Kritikfähigkeit*, das heisst die systematisch erworbene Methode, Zusammenhänge zu erkennen und zu beurteilen, einschliesslich des Vermögens, sich selbst kritisieren und revidieren zu können. Beruht wissenschaftlicher Fortschritt weithin darauf, bislang Fragloses problematisieren zu können, so ist Kritikfähigkeit eine der fundamentalen Voraussetzungen eines Wissenschaftlers. In der Tat ist Wissenschaft ein Bereich «normierter Anomie», ein Bereich institutionalisierten abweichenden Verhaltens, von dem aus das Bestehende ständig in Frage gestellt wird und werden muss[3].

3. *Kreativität* und damit verbunden eine Freiheit von Ängsten. Kreativität, die neue Problemlösungen ermöglicht und somit eine der wesentlichsten Voraussetzungen auch wissenschaftlich schöpferischer Tätigkeit darstellt, setzt Empfänglichkeit für neue Informationen, Flexibilität, intellektuelle Neugier und die Fähigkeit voraus, Informationen vielfältig neu zusammensetzen zu können. Dies alles erfordert eine gewisse Distanz zu den je herrschenden Normen – in der Familie, der Schule, der Hochschule, in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Der Prozess grösserer Distanz wird begünstigt durch personale und soziale Krisenzeiten, in denen die Normen erschüttert und Orientierungen erschwert werden: «Kreative Prozesse (entfalten) sich gerade in einer Situation, in welcher die erlebte Umwelt bzw. der gemeinte Gegenstandsbereich einem sozialnormativen Desintegrationsprozess unterliegt . . . Der Wissenschaftler, von dem neue Erkenntnisse verlangt werden, befindet sich also unter Umständen in einer Situation, die tendenziell durch einen persönlichen Orientierungsverlust gekennzeichnet wird[4].» Die Tendenz gegenwärtiger staatlicher Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland und auch in der Schweiz, nämlich auf Reibungslosigkeit, straffe Führung und Leistungssteigerung im rein technischen Sinne bedacht zu sein, ist Kreativität wie Kritikfähigkeit, geistiger Selbständigkeit wie der Verbindung fachlicher mit persönlicher Bildung objektiv gleich feindlich.

4. Weiteres Element der Mündigkeit sind *Kooperationsfähigkeit* und die Einsicht in die Verflochtenheit mit mittelbar und unmittelbar wirkenden sozialen Strukturen. Die paradoxe Erkenntnis, dass die Entwicklung zur emanzipierten Persönlichkeit nur möglich ist in gesellschaftlicher Abhängigkeit, ermöglicht die Überwindung einer entfremdeten Vereinzelung hin zu Zusammenarbeit und Solidarität. Im Gegensatz zu gemeinschaftlichen Zusammenschlüssen, die auf dem Gefühl basieren, beruht aber das Modell solidarischer Kooperation emanzipierter Menschen auf Einsicht in die gesellschaftlichen Notwendigkeiten, Rationalität und gemeinsamen Zielvorstellungen. Auch diese erwerbbare Haltung ist bei dem heutigen Entwicklungsstand wissenschaftlicher Forschung meist Voraussetzung fruchtbarer Arbeit.

II. *Verhältnis der Universität zur Gesellschaft*

Aus den Bemerkungen über die Funktionen der Universität im Sinne eines neuen Wissenschaftsverständnisses wird einsehbar, dass das Verhältnis der Universität zur Gesellschaft sich grundlegend wandeln muss, soll die Wissenschaft ihren Aufgaben gerecht werden. In den Diskussionen der letzten Jahre ist der revoltierenden Studentenschaft oft der Vorwurf gemacht worden, sie wolle das unwissenschaftliche Element der Politik in die nach reiner Wahrheit strebende Wissenschaft tragen. Ein von zwei Professoren der Freien Universität Berlin angefertigtes Gutachten über die entstehende

Kritische Universität mutmasste sogar, es solle «politische Gleichschaltung» und ein «wissenschaftsgeschichtlicher Rückschritt um 150 Jahre»[5] geplant werden; kurz, politisierte Wissenschaft ist den Vertretern der traditionellen Universität gleichbedeutend mit Unwissenschaftlichkeit, und mahnend wird auf den Irrsinn vergangener «arischer Physik» verwiesen.

Aber das überlieferte unpolitische Selbstverständnis der Universität war schon immer falsches Bewusstsein. Im Kampf gegen Theologie und Metaphysik hatte sich die frühe positivistische Wissenschaft noch ihr Element aufklärerischer Zielsetzung bewahrt, und Giordano Bruno hatte dafür die Strafe der Inquisition zu erleiden. Als jedoch die bürgerliche Gesellschaft etabliert war, wandelte sich der Positivismus zur blossen Rezeption der Wirklichkeit und deklarierte diese als Wahrheit. Der Elfenbeinturm, der sich scheinbar säuberlich von allen politischen Problemen und Verflechtungen frei hielt, war alles andere als neutral: er lieferte, gewollt oder nicht, den jeweils Herrschenden das Material zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Wissenschaftliche Produktion hat notwendigerweise immer politische Implikationen. Dies zeigt sich auch bei der Auswahl der Forschungsgegenstände. Lange Zeit wurden Versicherungen unbefragt hingenommen, wie sie der Soziologe Schelsky prominent vertrat: der (technische) Fortschritt sei durch Sachzwänge bestimmt. Der Forscher habe sich also nur der quasi Naturwüchsigkeit des technischen Fortschritts anzupassen, um zeitgemäss zu sein. Die Inhalte des gegenwärtigen Standes des westlich-kapitalistischen Fortschritts als einzig mögliche, weil naturwüchsige hinzustellen, ist aber offensichtlich nichts als simple Rechtfertigungslehre derer, die von dieser Entwicklung profitieren.

Fr. Dürrenmatt hat das politisch-moralische Problem der Verbindung von Forschungsergebnissen und Politik am Beispiel der Atomphysiker veranschaulicht, aber es lässt sich in gleicher Weise bei Juristen, Medizinern, Chemikern, Agrarwissenschaftlern oder anderen nachweisen. Dabei braucht nicht nur auf den bemerkenswerten Einfluss der Industrie und der Regierungsbürokratien auf die Forschung, ja selbst auf die Lehrpläne verwiesen werden. Es genügt zu fragen – um ein simples Beispiel aus dem Bereich der Studieninhalte zu bringen –, welchen Schichten und welchen Herrschaftsinteressen es etwa dient, dass in der Bundesrepublik Deutschland spätere Studienräte nicht mit der Tatsache und den sozialen Ursachen der geringeren sprachlichen Ausdrucksfähigkeit und Abstraktionsfähigkeit bei Arbeiter- und Landkindern vertraut gemacht werden. Es ist zu erwarten, dass sie als Lehrer intellektuelle Behinderung dieser Art weder als schichtspezifische Phänomene erkennen und zugleich als genetisch bedingte geringere Intelligenz fehlinterpretieren und danach handeln – der überprozentuale vorzeitige Abgang von Kindern dieser Schichten vom deutschen Gymnasium spricht eine deutliche Sprache. Es ist klar, dass durch diese sublimen Sozialisationsmechanismen die geistige Überlegenheit und damit die Herrschaft der Mittel- und Oberschichten aufrechterhalten wird. An

solchem Beispiel, das sich durch Hunderte für jeden Wissenschaftszweig ergänzen liesse, wird deutlich, dass die scheinbar neutrale wissenschaftliche Tätigkeit ausserordentlich politische, soziale und ökonomische Auswirkungen hat.

Es verwundert auch nicht, dass der positivistische Wissenschaftler 1933 wissenschaftlich kein politisches Urteil fällen konnte und sich mehr oder weniger gut anpasste. Er war unfähig, die Verbindung seines theoretischen Tuns mit gesellschaftlicher Praxis zu sehen.

Es geht also nicht um unpolitische oder politische Wissenschaft. Es geht seit je immer nur darum, welchen politischen Zielen Wissenschaft objektiv dient – ob sie sich bewusst ist oder nicht. Akzeptiert man neben den anderen Zwecken der Universität und der Wissenschaft die der Innovation und der individuellen und kollektiven Emanzipation, dann ist Wissenschaft verpflichtet, bei Forschung und Lehre die Wege zur gesellschaftlichen Verwirklichung dieser Ziele ständig zu reflektieren. Dann etwa wird der Architekturprofessor mit seinen studentischen Mitarbeitern nicht nur darüber reflektieren, wie man das technische Problem einer Trabantenstadt löst, sondern wie individuelle und kollektive soziale emanzipatorische Bedürfnisse, die als teilweise verschüttete erst wieder erweckt werden müssen, befriedigt werden können, um die Unwirtlichkeit der Städte zu verhindern. Dann wird der Jurist fragen – in der Bundesrepublik Deutschland hat er damit begonnen –, wie etwa das Sexualstrafrecht vereinbar ist mit der Vorstellung mündiger Menschen und welche gesetzlichen Regelungen getroffen werden müssen, um Lebensgemeinschaften mehrerer Männer und Frauen mit gemeinsamem Kinder- und Konsum«besitz» zu legalisieren, Lebensformen also, in denen möglicherweise die bürgerlichen Besitz- und Herrschaftsansprüche über andere durch Solidarität abgelöst werden. Der Soziologe schliesslich wird sich nicht mehr damit zufriedengeben, das Entstehen des Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland zu beschreiben und zu erklären. Er wird Sozialtechniken wissenschaftlich erarbeiten und überprüfen, mit denen die sozialen Wurzeln des Faschismus erfolgreicher als durch die moralischen Appelle des hilflosen Antifaschismus bekämpft werden können.

Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass es bei jeder wissenschaftlichen Tätigkeit darum geht, die Wurzeln und Folgen der Arbeit zu reflektieren und in Übereinstimmung mit emanzipatorischen Zielen zu bringen. Der studentische Konvent der Freien Universität Berlin drückte dies so aus: «Die Aufgabe universitärer Wissenschaft kann sich in einer Gesellschaft, die die Freiheit des einzelnen Menschen als ihr Ziel deklariert, nicht darauf beschränken, Wissen bereitzustellen, das die ständige Steigerung der Produktion gewährleisten soll. Um den Menschen immer mehr zum Subjekt seiner Geschichte werden zu lassen, muss vielmehr die Wissenschaft die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage stellen und auf die politische Wirksamkeit der Kritik dringen[6].»

III. *Struktur wissenschaftlicher Arbeit*

Die enge Verflechtung wissenschaftlicher Produktion mit Politik wird nicht nur in der Zielbestimmung der Wissenschaft und in ihren objektiven Auswirkungen deutlich, sie liegt auch in der Art wissenschaftlicher Tätigkeit begründet. Wissenschaftlicher Fortschritt ist allein durch permanente öffentliche Kritik des je erreichten wissenschaftlichen Standards zu gewinnen. Diese Kritik einer qualifizierten Öffentlichkeit bezieht sich vor allem auf den ständigen Versuch, bisher gültige, das heisst von allen akzeptierte Aussagen zu widerlegen. Karl Popper hat, in einer ungerechtfertigten Dogmatisierung, das Prinzip der Widerlegbarkeit zum einzigen Kriterium der Wissenschaftlichkeit erhoben und Überlegungen über Forschungsziele und -interessen als unwissenschaftliche dem Belieben und dem Irrationalismus der einzelnen Forscher ausgeliefert. Demgegenüber ist festzuhalten, dass folgendes gerade innerhalb des Forschungsprozesses der rationalen Kritik unterworfen bleiben muss, wenn Erkenntnisgewinn erzielt werden soll: «Methodologische Erörterungen über die Brauchbarkeit eines analytischen Rahmens, über die Zweckmässigkeit von Forschungsstrategien, über die Fruchtbarkeit von Hypothesen, über die Wahl von Ermittlungstechniken, über die Interpretation von Messergebnissen und über die impliziten Annahmen von Operationalisierungen, ganz zu schweigen von Diskussionen über theoretische Grundannahmen oder über die Leistungsfähigkeit verschiedener methodischer Ansätze[7].» Die Kritik kann nur fruchtbar werden, wenn sie von allen Beteiligten in herrschaftsfreier Diskussion rational geübt wird – das bedeutet, dass keine Amtsautorität, sondern nur noch das beste Argument zur Grundlage von Entscheidungen gemacht wird, und es bedeutet beispielsweise ferner, dass in einem Forschungsteam von 20 Personen, bei dem 15 Studenten und Assistenten und ein Professor beteiligt sind, der Ordinarius nur dann entscheidend ist, wenn seine Argumente die besten sind. Die ängstliche Sorge deutscher Professoren, bei der drohenden Hochschulreform wenigstens die Mehrheit zu behalten, ist die Sorge, von Argumenten besiegt zu werden, denen sie keine rationalen Gegenpositionen konfrontieren können.

Aus den vorgetragenen Gedanken sollte deutlich werden, dass das Prinzip wissenschaftlicher Arbeit demokratischen Grundsätzen folgt; alle anderen Formen der Entscheidungsfindung widersprechen den immanenten wissenschaftlichen Gesetzen und behindern den Fortschritt.

IV. *Konsequenzen aus dem Modell emanzipatorischer Wissenschaft*

Aus den dargelegten Funktionen der Wissenschaft, ihrem Verhältnis zur Gesellschaft und der Struktur wissenschaftlicher Arbeit liesse sich ein neues Universitätsmodell logisch zwingend ableiten. Hier sollen nur einige Aspekte ausgewählt werden, um das Gemeinte zu verdeutlichen und die Diskussion anzuregen.

1. Folge: Die Leistungsziele haben sich expliziten Emanzipationskriterien unterzuordnen. Das bedeutet, dass die inhaltlich nicht gebundenen Efficiency-Vorstellungen in den Reformansätzen des deutschen Wissenschaftsrates und der offiziellen Universitätsbürokratien – also Verkürzung und Straffung des Studiums, Vermeidung von Zeitverlust durch Führung, Zwischenprüfungen usw. – abgelehnt werden, weil sie weder die Ursachen gegenwärtiger Mängel beseitigen noch den Habitus fördern, der für das Wissenschaftsgeschäft wünschenswert ist.

2. Folge: Die Studieninhalte müssen verändert werden. Während des Studiums muss kritische Bildung durch Wissenschaft möglich werden. Das heisst nichts anderes, als dass die Reflexion über die Ziele des Fachstudiums, über mögliche spätere Berufe und deren gesellschaftlichen Ort, über politische Folgen und Voraussetzungen der Forschung usw. ein Teil des Studiums werden. Je früher diese permanente Selbstreflexion beginnt, desto eher ist die Chance gegeben, mündige Wissenschaftler auszubilden, die mit «Fachidioten» nichts mehr gemein haben. Darin wäre vor allem die Aufgabe der Grund- oder einführenden Studien zu sehen.

3. Folge: Auf Grund ihrer Funktionen und ihres emanzipatorischen Zieles haben die gesamte Universität und alle in ihr Arbeitenden ein «politisches Mandat», das heisst sie haben die Verpflichtung, ständig zu prüfen, ob die Ziele, die sie sich stecken, sich politisch realisieren lassen und, wenn nicht, welche gesellschaftlich-politischen Veränderungen stattfinden müssen. Dabei genügt eine verbale Tätigkeit nicht immer; der Wissenschaftler wird sich als Wissenschaftler an der Veränderung der Gesellschaft beteiligen müssen. Dabei ist es eine Frage der Taktik und der Übereinstimmung mit den Zielsetzungen, welche praktischen Wege eingeschlagen werden.

Durch die Bundesrepublik Deutschland geht derzeit eine Welle von Gerichtsurteilen, die der Studentenschaft das politische Mandat absprechen. Diese Urteile stützen sich auf den traditionellen Wissenschaftsbegriff und halten die positivistische und schon immer objektiv falsche Trennung wissenschaftlicher Arbeit von politischen Implikationen aufrecht. Solche Urteile können aber nicht verhindern, dass ein alternatives Wissenschaftsverständnis sich durchsetzen wird, das die Aufhebung von Wissenschaft als Beruf und Politik als Beruf mit sich bringen wird.

4. Folge: Aus der auf Gleichberechtigung dringenden Struktur wissenschaftlicher Arbeit und den vielfältigen, auf Öffentlichkeit bezogenen Funktionen folgt, dass die Entscheidungsfindung an allen Stellen der Universität demokratisch, das heisst öffentlich und herrschaftsfrei zu erfolgen hat. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Solange es noch die privilegierte Rechtsposition des Ordinarius gibt, solange nicht der einheitliche Stand der Dozenten geschaffen ist, deren Einfluss nicht grösser als jedes anderen Beteiligten bei einem Arbeitsteam ist, solange wird es nötig sein, jede der drei relevanten Gruppen: Assistenten, Hochschullehrer und Studenten, paritätisch an der jeweiligen Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Damit sind alle Bereiche der Institution gemeint: Verwaltung, Forschung und Lehre (bei Verwaltung haben natürlich auch die Angestellten Mitbestimmungsrechte). Aus dieser Demokratisierung ist Leistungssteigerung und grössere Rationalität zu erwarten, verbunden mit einer deutlichen Hinwendung zur Emanzipation. Die ersten Experimente in Berlin, Göttingen, München und Marburg lassen diese Annahme berechtigt erscheinen.

Die Diskussion um die Frage, ob Rektor oder Präsident als Repräsentanten der Hochschule besser seien, entpuppt sich in unserem Zusammenhang als überflüssig. Von unseren Vorstellungen her wäre oberster Repräsentant ein Gremium, dem alle Gruppen gleichberechtigt angehörten und einen ihm verantwortlichen und jederzeit abrufbaren Sprecher wählten. Diesem Gremium wäre auch der Verwaltungsdirektor verantwortlich.

5. Folge: Einrichtung eines Studienhonorars. In einer jüngsten Untersuchung[8] wurde festgestellt, dass die Abhängigkeit vom Elternhaus zumindest für jüngere Semester eines der belastendsten Probleme ausserhalb des Studiums ist, die auch negativ auf dieses selbst einwirken. Dies gilt auch für Kinder wohlhabender Eltern. Studenten, die von ihren Eltern unterhalten werden und aus finanziellen Gründen oft bei ihnen wohnen müssen, befinden sich so lange unter einem unkontrollierten erzieherischen Einfluss der Eltern, wie sie durch ihre Abhängigkeit oft empfindlichen materiellen Sanktionen ausgesetzt sind. Oft wird im Elternhaus die vielfältig wirksame Kindes-Rolle aufrechterhalten und Unmündigkeit prolongiert, während der Student in der Universität Erwachsenenstatus anstrebt und Selbständigkeit durch Praxis erwerben soll. Erst finanzielle Selbständigkeit schafft die Chance, dass sich die Studenten von einem häufig repressiven, autoritären oder beengenden Elternhaus emanzipieren können. Daher ist es eine notwendige Forderung, nicht nur für ärmere Studenten Stipendien zu schaffen, sondern allen Studenten zu einem Studienhonorar zu verhelfen. Dabei lässt sich das Studium auch als gesellschaftlich nützliche Tätigkeit ansehen und das Honorar als volkswirtschaftliche Investition betrachten.

6. Folge: Umstrukturierung der gesamten Bildungsinhalte und -formen. Es wäre unsinnig, wollte man sich allein auf Hochschulreform beschränken, wenn man die anfangs genannten Ziele anstrebt. Die Gründe dafür, dass die Universität auch heute noch eine Männeruniversität und arbeiterfremd ist, liegen in erster Linie an den Wertvorstellungen und institutionellen Formen, die in dem Grund- und weiterführenden Schulwesen verbreitet werden. Das gleiche gilt für die Benachteiligung der Landkinder. Um diese Ungleichheiten zu beheben, ist eine Form kompensatorischer Erziehung nötig, also eine sehr frühzeitig beginnende sprachliche, intellektuelle und motivationale Beeinflussung besonders dieser Kinder. Man kann an Tageskindergärten mit vorschulischer, gezielter Erziehung oder an besondere Kurse in den ersten Jahren in einer integrierten Gesamtschule denken. Vor allem aber sind die Curricula, sind die Inhalte der Schulen und Hochschulen einer radikalen Revision bedürftig.

Was aber bedeutet dies? Solche Veränderung ist nur möglich durch eine zumindest kulturrevolutionäre Umwandlung wesentlicher gesellschaftlicher Institutionen. Um den Teufelskreis des Alles oder Nichts zu sprengen, also die hoffnungslose Alternative von Revolution oder Erstarrung zu durchbrechen, scheint es mir taktisch sinnvoller, dass sich bezogen auf jede Institution – wie Schule, Hochschule, Kirche, Funkhäuser, Betriebe – Basisgruppen bilden, die zuerst die Aufgabe der Erweiterung des kritischen Potentials haben, zugleich die Kritik ihrer Institution – bezogen auf Emanzipation der einzelnen wie der Gesellschaft – leisten müssen und dabei die Spannung zwischen langfristiger Strategie und taktisch bestimmten kurzfristigen Zielen aushalten müssen. Ansätze werden in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar: kritische Katholiken auf dem Kirchentag, kritische Schüler an ihren Schulen, revoltierende Studenten in den Universitäten.

Basisarbeit meint aber nicht und soll nicht dazu führen, das kritische Potential wieder in die Institutionen einzupassen und für grundsätzliche Reform auszuschalten. Basisarbeit innerhalb der Institutionen ist, das zeigen die Erfahrungen der Studentenrevolten, derzeit einerseits besonders erfolgreich durch spektakuläre – und das heisst: normenbrechende – Aktionen, andererseits gebunden an die auf gesamtgesellschaftliche Umwandlung zielende solidarische Verbindung der sich emanzipierenden Gruppen quer zu den Institutionen. Auch ist es offenkundig, dass auf diesem Weg zur sozialistischen Demokratie mündiger und solidarischer Bürger Wissenschaft und Universität eine zentrale Aufgabe zukommen.

Quellen

[1] Habermas, J., Universität in der Demokratie – Demokratisierung der Universität; in: Universität und Demokratie (Universitätstage 1967), Berlin 1967, S. 67 f.

[2] Schelsky, H., Einsamkeit und Freiheit, Reinbeck bei Hamburg 1963, S. 68.

[3] Claessens, D., Bemerkungen zur Soziologie der deutschen Universität; in: Universitätstage 1967, Universität und Demokratie, Berlin 1967, S. 54–66.

[4] Dreitzel, H. P. u. Wilhelm, J., Das Problem der «Kreativität» in der Wissenschaft; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 18. Jg., 1966, K. 1, S. 71 f.

[5] Knauer/Borinski Gutachten über die Broschüre «Kritische Universität», herausgegeben vom Rektor der Freien Universität Berlin, Berlin 1967, Broschur. Dazu kritisch unter anderem: Gollwitzer, H., Von der Wissenschaftlichkeit eines wissenschaftlichen Gutachtens; in:

Kritische Universität. Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch- und Fachschulen von Westberlin. Programm und Verzeichnis der Studienveranstaltungen im Wintersemester 1967/68. Hrsg. AStA der Freien Universität Berlin, Berlin 1967, S. 20–26.

6 Aus dem Vietnambeschluss des Konvents der FU Berlin vom 26. 5. 1967; in: Leibfried, S. (Hrsg.), Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule, Köln 1967, S. 315 f.

7 Habermas, J., a. a. O., S. 72.

8 Preuss, U., Zu Situation und Problemen von Studienanfängern, dargestellt am Beispiel von Romanisten, Juristen und Patienten einer Psychotherapeutischen Beratungsstelle. Soziologische Diplomarbeit an der FU Berlin, November 1968. – Vgl. auch Preuss-Lausitz, U./Sommerkorn, I. N., Zur Situation von Studienanfängern; in: Neue Sammlung, 8. Jg., H. 5, S. 434–453.

Prof. Dr. E. Fechner

Aktuelle gesundheitliche Fragen

Es zählt zu den hoffnungsvollen Zeichen unserer Zeit, dass gesundheitliche Probleme in immer breiterer Öffentlichkeit mit wachsender Anteilnahme erörtert werden. Soziale Sicherheit ist vorrangiges Leitziel moderner Politik überall auf der Welt. Kernstück der sozialen Sicherheit jedoch ist gesundheitliche Sicherheit.

Über die Vordringlichkeit der mit diesem Stichwort verbundenen theoretischen Fragen und praktischen Aufgaben gibt es angesichts der rapiden Zunahme der Zivilisationskrankheiten keinen Zweifel. Die Widersprüchlichkeit aber der Meinungen in diesem Bereich und die Härte der hier im Gange befindlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ist ein vieldeutiges Kennzeichen der Aktualität all der Fragen, die uns auf dieser Tagung zusammengeführt haben. In einer solchen Situation bedarf es ab und zu einer Besinnung auf das Grundsätzliche. Im folgenden soll ein Versuch in dieser Richtung unternommen werden.

Eine vorausgehende Erklärung sei gestattet: Ich enthalte mich in meinen Darlegungen – nicht nur hier, sondern überhaupt und grundsätzlich – jeder Meinungsäusserung zu fachwissenschaftlichen Fragen medizinischer und naturwissenschaftlicher Art. Als medizinischer und naturwissenschaftlicher Laie bin ich dafür schlechthin unzuständig. Der Jurist und Soziologe kann weder in begründeter Weise sagen, ob Fluor der Gesundheit zu- oder abträglich ist, noch vermag er ein medizinisches oder naturwissenschaftliches Buch auf seine sachliche Richtigkeit hin zu prüfen. Er muss sich an das